

Samstag, 16. Dezember 1961

Blatt 2796

Die neue Heiligenstädter Brücke

Heute um 15 Uhr Eröffnung durch Bürgermeister Jonas

16. Dezember (RK) Mit der Fertigstellung der Heiligenstädter Brücke, die heute nachmittag Bürgermeister Jonas dem Verkehr übergeben wird, ist die letzte der zerstörten Donaukanalbrücken neu erstanden. Anstelle der 1945 gesprengten Heiligenstädter Brücke ist bald nach Kriegsende eine Behelfsbrücke, ein sogenanntes Pioniergerät, errichtet worden. Diese Notbrücke mit ihrer nur sechs Meter breiten Fahrbahn war dem wachsenden Verkehr nicht mehr gewachsen. Der Wiener Gemeinderat hat daher im März 1959 den Neubau der Heiligenstädter Brücke beschlossen.

Die neue Brücke, deren Achslage gegenüber der alten Brücke um zwei Meter kanalabwärts verlegt wurde, ist eine Betonbrücke und entspricht jetzt allen Anforderungen des Verkehrs. Sie ist 90 Meter lang und einschließlich der beiden Gehsteige 20 Meter breit. Mit Rücksicht auf die geplanten Schnellstraßen längs des Donaukanals wurden auf beiden Ufern etwa 13 Meter breite und 4.5 Meter hohe Seitenöffnungen freigelassen. Unterhalb der Brücke verlaufen ein 40-Zentimeter-Gasrohr, ein 20-Zentimeter-Gasrohr sowie die Kabelleitungen der E-Werke und des Kabelbauamtes.

Mit den Vorbereitungen zum Bau der neuen Heiligenstädter Brücke wurde im Spätherbst 1959 begonnen. Der Fahrzeug- und Fußgängerkehr wurde an diesem neuralgischen Verkehrspunkt während der ganzen Bauzeit, mit Ausnahme bei der Verschiebung der alten Behelfsbrücke und der Straßenbauarbeiten an den Zu- und Abfahrtsrampen, aufrecht erhalten. An Baustoffen wurden 210 Tonnen Tor-

stahl, 35 Tonnen Stahl I a und 1.460 Tonnen Zement verarbeitet.

Die neue Brücke, die nach einem Entwurf von Prof. Dipl.-Ing. Dr. techn. Karl Jäger ausgeführt wurde, kostete 15,5 Millionen Schilling. Als eine der modernsten Straßenbrücken im Wiener Verkehrsnetz ist sie momentan die wichtigste Verbindung von Heiligenstadt über den Donaukanal nach Brigittenau und zur Floridsdorfer Brücke.

- - -

Die Radiorede des Bürgermeisters

=====

16. Dezember (RK) Morgen, Sonntag, spricht Bürgermeister Jonas um 19.45 Uhr im Ersten Programm von Radio Wien in der Sendereihe "Wiener Probleme" über das Budget der Bundeshauptstadt für 1962 und über das abgelaufene Jahr.

- - -

Schneesäuberungspflicht für Gehsteige - mindestens zwei Meter Breite

=====

16. Dezember (RK) Gerade rechtzeitig zum Einbruch des kalten Winterwetters bringt das "Amtsblatt der Stadt Wien" eine Verordnung über die Reinigung von Gehsteigen in Wien heraus. Nach dieser Verordnung ist die Verpflichtung zur Schneesäuberung bis zu einer Breite der Gehsteige von zwei Meter durchzuführen; das heißt, ist der Gehsteig breiter, dann muß der Schnee nur auf zwei Meter weggeräumt werden. Diese Zwei-Meter-Grenze gilt jedoch nicht bei der Bestreuung der Gehsteige bei Glatteis oder überhaupt bei der Pflicht zur Säuberung der Gehsteige.

- - -

Die Budgetberatungen im Rathaus:Geschäftsgruppe VI - Bauangelegenheiten
=====

16. Dezember (RK) Am heutigen sechsten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Geschäftsgruppe VI, Bauangelegenheiten, behandelt. Der Referent ist Stadtrat Heller (SPÖ).

Er verwies mit aller Deutlichkeit auf die Kontinuität der Planung, und zwar sowohl in der Vergangenheit als auch in der Zukunft. Von der im Jahre 1945 abgehaltenen Enquete für den Wiederaufbau der Stadt Wien bis zur Beschlußfassung über das städtebauliche Grundkonzept am 29. und 30. November dieses Jahres wurde in unserer Stadt stets geplant und sämtliche in dieser Zeit errichteten Bauvorhaben basieren auf den Planungen während dieser Zeit.

Die Stadt ist ein lebender Organismus

Auch nach Abschluß des zweiten Planungszeitraumes wird die Stadtplanungstätigkeit nicht aufhören können, denn die Stadt ist ein lebender Organismus, an dem ständig gebaut wird. Außerdem ändern sich die technischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten sehr rasch und daher wird auch eine Änderung des Konzeptes notwendig werden; sie ist auch jederzeit möglich. In den nächsten Jahren gilt es, zu versuchen, die Grundsätze des städtebaulichen Grundkonzeptes in Einzelanträgen, selbstverständlich unter Einhaltung aller gesetzlichen und sonstigen Vorschriften in die Tat umzusetzen. Eine große und schwierige Aufgabe, die nur gelingen kann, wenn sämtliche Dienststellen des Magistrats und alle dazu berufenen Personen, Organisationen und Körperschaften fleißig mithelfen.

Mißverständnisse um den Fachbeirat

Zu meinem großen Bedauern ist es im Zusammenhang mit dem Gutachten des Fachbeirates zum städtebaulichen Grundkonzept zu Mißverständnissen gekommen, die zum Rücktritt des Fachbeirates für Stadtplanung geführt haben. Ich habe dies umso mehr bedauert, als die Mitglieder des Fachbeirates, alles anerkannte Fachleute auf diesem Gebiete bisher mit besonderem Eifer und großer Sachkenntnis

tätig waren. Wir sind nach wie vor der Auffassung, daß die Institution des Fachbeirates für Stadtplanung, die in den Paragraphen 2 und 3 der Bauordnung verankert ist, von ungeheurer Bedeutung für die Stadt ist und es ist mir daher eine große Freude mitteilen zu können, daß es uns nach längeren Aussprachen in den letzten Tagen gelungen ist, die Rückziehung der Demission der Mitglieder des Fachbeirates zu erreichen.

Die Arbeit am Bau ist schwer

Auch im Jahre 1961 ist es uns gelungen, das Bauprogramm im wesentlichen wieder zu erfüllen, obwohl die Schwierigkeiten womöglich noch größer waren als im Jahre 1960. Die anhaltende Konjunktur hat eine weitere Anspannung auf dem Arbeitsmarkt mit sich gebracht. Ich möchte in diesem Zusammenhang erneut dankbar der großen Hilfe gedenken, die bei unseren Arbeiten durch die Bauwirtschaft und das Baunebengewerbe geleistet wurde und ich möchte auch ausdrücklich darauf hinweisen, daß die Arbeiter und Angestellten im Bau- und Baunebengewerbe ebenfalls sehr fleißig und brav für die Stadt tätig waren. Es hat auf beiden Seiten, sowohl auf der Unternehmerseite als auch auf der Arbeitnehmerseite vereinzelt Entgleisungen gegeben. Ich glaube aber nicht, daß man diese Entgleisungen verallgemeinern darf. Die Arbeit am Bau ist nach wie vor schwer. Die sozialen und hygienischen Einrichtungen auf den Baustellen sind noch nicht so wie bei den stationären Arbeitsstätten und es ist daher vom menschlichen Standpunkt aus verständlich, daß viele Arbeiter vom Bau zu anderen Arbeitsstätten überwechseln. Mit einer gewissen Genugtuung darf ich feststellen, daß auf den Baustellen der Stadt Wien auch auf die sozialen und hygienischen Einrichtungen für die Arbeiter besonderes Gewicht gelegt wird.

Der Ruf nach ausländischen Arbeitskräften wird daher den Mangel nicht lösen können. Derzeit sind Verhandlungen zwischen dem Österreichischen Gewerkschaftsbund und der Kammer der gewerblichen Wirtschaft in dieser Frage im Gange. Es ist an eine Kontingentierung gedacht, doch muß unabhängig davon auch ein Fremdarbeitergesetz geschaffen werden.

Koordinierung der Bautätigkeit

Manches könnte allerdings durch andere Maßnahmen leicht erreicht werden, zum Beispiel durch eine bessere Koordinierung der Bautätigkeit, vor allem der öffentlichen, durch Maßnahmen die die Kontinuität der Bautätigkeit gewährleisten. Auch auf diesem Gebiete hat die Stadt Wien eine Pioniertätigkeit geleistet. Hier muß ich in erster Linie unsere Winterbaumaßnahmen erwähnen, die wir seit dem Jahre 1954 mit großem Erfolg anwenden. Auch im Winter 1961/62 werden wir wieder 80 große Heizaggregate im Einsatz haben, mit denen wir 112 im Rohbau fertiggestellte Stiegenhäuser beheizen werden. Auch Winterbauhallen sollen wieder eingesetzt werden. Durch diese Maßnahmen haben wir im Winter 1960/61 um 15 Prozent mehr Arbeiter auf unseren Baustellen beschäftigt als im Sommer 1960. Die Stadt leistet also ihren Beitrag zur Bekämpfung der Winterarbeitslosigkeit und zur Gewährleistung der Kontinuität im Baugewerbe. Aber wo bleiben die anderen Bauträger? Ich darf in diesem Zusammenhang noch die große Hilfe erwähnen, die uns durch das Bundesministerium für soziale Verwaltung durch die Gewährung von Zuschüssen aus der Produktiven Arbeitslosenfürsorge zuteil wurde und wird.

Kleine Lohnerhöhung - große Preiserhöhung

Die Aufwärtsentwicklung der Baupreise ist bedauerlicherweise noch nicht zum Stillstand gekommen. Diese Baupreisentwicklung wird nicht oder nicht nur durch Lohn- und Gehaltserhöhungen ausgelöst. Wir haben im Gegenteil die Beobachtung machen müssen, daß geringe Lohnerhöhungen oft zu großen Preiserhöhungen führen. Bei den laufenden Beträgen zum Beispiel wurde gegenüber dem Jahre 1960 die fünfprozentige Erhöhung offiziell zugestanden, die tatsächliche Erhöhung der Baupreise war aber weit größer. Beim Wohnbau lag die Erhöhung allein bei den Baumeisteranboten bei ungefähr elf Prozent.

Große Erfolge haben wir auf dem Gebiete der Bauvorbereitung erzielt. Hier darf ich in erster Linie die Aufschließung der Baugründe noch bei Beginn der Hochbauarbeiten erwähnen und auch die Koordinierung der Einbautendienststellen, vor allem im Tiefbau. Auch beim Einzelprojekt wurde gute Vorarbeit in Form von Raum-

programm-, Wirtschaftlichkeits- und Projektsbesprechungen geleistet. Diese Vorarbeit versetzt uns in die angenehme Lage, daß wir derzeit rund 6.000 Wohnungen fertig projektiert haben, mit deren Bau wir jederzeit beginnen können.

Unverschämt hohe Ablösen

Große Sorge bereiten uns nach wie vor die Grundfreimachungen. Bisher wurden rund 800 Absiedlungen gewerblicher Betriebe ohne jeden Anstand durchgeführt, wobei wir immer bestrebt waren, den Betrieben ihre Existenzgrundlage zu wahren. Ich muß allerdings mit Bedauern feststellen, daß die anlässlich solcher Absiedlungen verlangten Investitionsablösen oft unverschämt hoch und daß auch die Forderungen von Hausinhabern bei Neuvermietungen von Werkstätten und Büros oft bis zum 18fachen der derzeitigen Miete betragen.

Seitdem durch das eigens geschaffene Referat VI in der Stadtbaudirektion eine enge Zusammenarbeit der Magistratsabteilung 69, Grundkäufe (gehört zur Geschäftsgruppe XI), mit den Bedarfsstellen von Grund und Boden erfolgt, konnte auch auf dem Sektor der Bodenbeschaffung, über die Stadtrat Sigmund berichten wird, mehr als bisher geleistet werden. Allerdings gesellt sich, wie schon Gemeinderat Marek berichtet hat, zur inländischen immer mehr auch die ausländische Bodenspekulation. Die erhoffte positive Auswirkung des im Jahre 1960 beschlossenen Bodenwertabgabegesetzes ist leider nicht eingetreten. Die Bodenwertabgabe wird ganz einfach in den Grundstückspreisen mit einkalkuliert. Was wir zur Weiterentwicklung unserer Stadt unbedingt benötigen, ist ein Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz.

Mit besonderer Freude darf ich dem Gemeinderat berichten, daß unser Riesenbauprogramm - wir hatten rund 1.500 Baustellen mit 12.000 Arbeitskräften - mit nur 66 Unfällen bewerkstelligt werden konnte. Die Geschäftsgruppe VI wird im nächsten Jahr rund 1.3 Milliarden Schilling verbauen. Bedauerlicherweise wird ein Großteil des Mehraufwandes für die inzwischen eingetretenen Preiserhöhungen verwendet werden müssen.

Mehr als 65.000 neue Wohnungen

Wie bereits Vizebürgermeister Slavik berichtet hat, wird im Jahre 1962 für das Bau- und Baunebengewerbe ein Betrag von 2.3 Milliarden Schilling zur Verfügung stehen. Das bedeutet eine Steigerung um 322,8 Millionen Schilling oder 16 1/2 Prozent.

Wie in den vergangenen Jahren wird die Geschäftsgruppe VI auch im Jahre 1962 viele Arbeiten für andere Geschäftsgruppen durchführen.

Auf dem Hochbausektor beschäftigen wir uns vor allem mit dem Wohnbau. Trotz größter Schwierigkeiten haben wir auch im Jahre 1961 4.004 Wohnungen fertiggestellt und mit dem Bau von 3.173 Wohnungen begonnen. Damit hat die Gemeinde Wien im Rahmen des kommunalen sozialen Wohnbauprogrammes mit dem Bau von 72.080 Wohnungen begonnen, 65.327 davon sind bereits fertiggestellt und 6.753 im Bau.

Im Jahre 1962 werden in Wien, wie bereits Vizebürgermeister Slavik mitgeteilt hat, rund 12.000 Wohnungen errichtet werden, davon im Rahmen des kommunalen sozialen Wohnungsbaues 4.000, 4.000 mit Förderung durch Bund und Land Wien und 4.000 mit Wiener Landesförderung. Neben dem kommunalen sozialen Wohnungsbau hat die Stadt Wien auch im vergangenen Jahr im Rahmen der Wohnbauförderung 1954 im Wege von Zusatzdarlehen zum Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und durch die Neue Wiener Wohnbauaktion den gemeinnützigen Wohnungsbau gefördert.

Unser besonderes Augenmerk galt im vergangenen Jahr der weiteren Verbesserung der Qualität und der Ausstattung unserer Wohnungen, wobei im großen Maße auch Zentralheizungsanlagen errichtet wurden. An insgesamt 97 freischaffende Architekten wurden Projektaufträge vergeben.

Im kommenden Frühjahr die ersten Montagebau-Wohnungen

Hinsichtlich der Stadtbildpflege ersuche ich sämtliche Bauherren, nicht zuletzt im eigenen Interesse, ihre Bauplätze nicht bis zum letzten auszunützen. Vor allem empfehle ich bei Bauten am Stadtrand, in der Landschaft also, etwas mehr Zurückhaltung. Die Wohlhabenheit eines Bauherren muß nicht unbedingt durch grottenbahnähnliche Ornamentik und besonders teures Material am neugebauten Hause gezeigt werden.

Im Jahre 1961 wurden 66 Wohnungen in Heimstätten für alte Menschen errichtet, 20 sind derzeit im Bau, wobei ich ausdrücklich darauf hinweisen möchte, daß es gelungen ist, die Grundrisse dieser Wohnungen zu verbessern. Momentan untersuchen wir, ob es nicht möglich wäre, die Küchen dieser Wohnungen einzurichten.

Die im Laufe dieses Jahres gegründete Montagebau Wien Ges.m.b.H. (Gemeinde Wien 51 Prozent, Camus Dietsch 26 Prozent, Schlarbaum 23 Prozent) hat ihre Arbeiten bereits aufgenommen. Der Bau der Montageteilefabrik im 22. Bezirk schreitet rasch vorwärts, sodaß wir im Frühjahr 1962 die ersten Montagebauwohnungen liefern werden. Die Bauzeit für diese Wohnungen wird sehr kurz sein; vom Beginn der Plattenerzeugung bis zur schlüsselfertigen Übergabe wird es nur achteinhalb Monate dauern.

Wertvolle Arbeit für die Stadtverwaltung hat im vergangenen Jahr das Institut für Bauforschung geleistet. Zur Verwirklichung der geplanten Assanierungsvorhaben ist unbedingt die möglichst baldige Verabschiedung eines Assanierungsgesetzes erforderlich. Trotzdem sollen die Assanierungen in der Blutgasse, im Lichten-tal und am Brauhirschgrund möglichst bald in Angriff genommen werden.

Bei der Magistratsabteilung 25 wurden im Jahre 1961 4.500 Mietzinserhöhungsanträge (§ 7 Mietengesetz) mit einem Betrag von 580 Millionen Schilling eingebracht. Davon konnten 4.400 mit einem Betrag von 456 Millionen Schilling erledigt werden. Durch die Überprüfung der Kostenvoranschläge durch die Magistratsabteilung 25 konnten für die Mieter Einsparungen in der Höhe von 120 Millionen Schilling erzielt werden. Die Ersatzvornahmen nach Bauaufträgen werden erfreulicherweise immer weniger; für 1962 ist nur mehr ein Betrag von 2,5 Millionen Schilling im Voranschlag eingesetzt.

Um **baukünstlerisch oder historisch wertvolle** Gebäude vor dem Verfall oder der Demolierung zu bewahren, wird eine Novellierung des Denkmalschutzgesetzes erforderlich sein. Das derzeitige Gesetz ist unzulänglich, weil es die Frage der Kostentragung völlig offen läßt.

Auf dem Gebiete der Nutzbauten wird im Jahre 1962 wieder viel für andere Geschäftsgruppen gebaut werden, und zwar Kindergärten

Schulen, Volksheime, ein internationales Studentenhaus, Spitäler, Märkte, Feuerwachen und anderes. Gerade auf diesem Gebiete hat sich die Zusammenarbeit im Rahmen der Raumprogramm- und Projektbesprechungen überaus segensreich ausgewirkt.

Das Ausflugsrestaurant auf der Bellevue-Höhe wird im Sommer 1962 fertig sein.

Planung des neuen AKH mit Ärzten

Die Planungsarbeiten für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses werden durch das beauftragte Architektenteam, dem zur Beratung eine Reihe von Experten beigegeben wurde, durchgeführt werden. Ich möchte besonders betonen, daß auch zwei Kliniker, nämlich die Professoren Dr. Hoff und Dr. Fellingner dem Architektenteam als Experten beigegeben wurden, sodaß die Planung des neuen Allgemeinen Krankenhauses keinesfalls wie, mir unverständlichlicherweise, behauptet wurde, gegen die Ärzte, sondern mit den Ärzten durchgeführt wird.

Mit dem Umbau und der Adaptierung der I. Frauen- und der II. Chirurgischen Klinik wird im Frühjahr nach den Plänen von Prof. Kupsky begonnen werden.

Theater an der Wien wird rechtzeitig fertig

Auch die Gebäudeerhaltung sämtlicher städteigener Gebäude wird durch das Stadtbauamt durchgeführt. Hier darf ich vor allem auf das von Vizebürgermeister Mandl bereits erwähnte Schulinstandsetzungsprogramm und auf die Erhaltung der Spitäler hinweisen. Gemeinsam mit dem Gesundheitsamt wird momentan an einem Konzept für die Adaptierung und Modernisierung des Rudolphspitals aber auch an einem Konzept für die noch notwendigen Adaptierungen im josephinischen Teil des Allgemeinen Krankenhauses gearbeitet. Besondere Anstrengungen erfordert der Umbau des Theaters an der Wien, der vom technischen Standpunkt aus überaus schwierig ist. Wir werden aber trotz aller Schwierigkeiten die uns von Vizebürgermeister Mandl gestellten Termine einhalten.

Für die Instandsetzung und Adaptierung von Kirchen und Pfarrhöfen wird die Stadtverwaltung im nächsten Jahr einen Betrag von rund einer halben Million Schilling aufwenden.

Die Heizungs- und Installationsabteilungen haben im Jahre 1961 gemeinsam rund 250 Millionen Schilling verbaut. Zwei Drittel

der Kosten für die Müllverbrennungsanlage werden durch die Heizungsabteilung verbaut werden.

Viel Geld wird im kommenden Jahr für den Tiefbau ausgegeben werden. Im Jahre 1961 hat unsere Straßenbauabteilung die Großbauvorhaben am Ring (Bellaria, Babenbergerstraße, Schottentor) fertiggestellt. An Brückenbauten wurden fertiggestellt: die Stadionbrücke, die Salztorbrücke, die Heiligenstädter Brücke und die Brücke über die Nordwestbahn im Zuge der Prager Straße. Auch der Umbau der Kreuzung Rennweg und Ungerbrücke konnte vollendet werden. An Hauptstraßenumbauten erwähne ich die Altmannsdorfer Straße, den Gürtel und die Tholiastraße. Eine bedeutende Verkehrserleichterung werden auch die Arkadierungen Bäckerstraße, Stiftskirche und Rotenturmstraße II bringen.

21.000 Quadratmeter Holzstöckelpflaster wurden ausgewechselt und 40 Kilometer Siedlungsstraßen erneuert. Zwei Millionen Quadratmeter Fahrbahnen und 450.000 Quadratmeter Gehsteige wurden instandgesetzt oder verbreitert. Im Jahre 1962 wird die Straßenbauabteilung rund 200 Millionen Schilling ausgegeben, das sind um 15 Millionen mehr als im Jahre 1961. Für die Erhaltung unserer Straßen müssen 39 Millionen Schilling aufgewendet werden. Mit 2,4 Millionen Schilling werden wir 12.000 Quadratmeter Holzstöckelpflaster auswechseln, 9,6 Millionen Schilling werden wir für Straßenbauten in Siedlungen ausgeben.

Größere Straßenbauten: Fußgängerpassage Ring-Operngasse, Lestenstraße von Universitätsstraße bis Bellaria mit Verlegung der Gleise in die Straßenmitte, Favoritenstraße von Wiedner Hauptstraße bis Paulanergasse, Paulanergasse von Wiedner Hauptstraße bis Favoritenstraße, Triester Straße von Troststraße bis Altdorfstraße, Altmannsdorfer Straße von Breitenfurter Straße bis Ortsgebiet Erlaa, Grünbergstraße von Schönbrunner Straße bis Altmannsdorfer Straße (fünfspurige Fahrbahn mit einer bergaufwärts führenden Kriechspur für Lastkraftwagen), Breitenfurter Straße von Oswaldgasse bis Altmannsdorfer Straße mit Unterführung der Donauländebahn, Vorarbeiten für den Umbau der Philadelphiabrücke, Weiterbau am Umbau der Hietzinger Brücke, Ausbau der Donaukanalbegleitstraße in dem Stück zwischen Friedensbrücke und Heiligenstädter Brücke, Prager Straße von Anton Störck-Gasse bis Autokaderstraße, Floridsdorfer Hauptstraße und Am Spitz von Jedleseer Straße bis

Schloßhofer Straße, Hubertusdamm von Reichsbrücke bis Bruckhaufenstraße (Anschluß Donaupark), Taborstraße von Große Pfarrgasse bis Heinestraße, Nordbahnstraße von Dresdner Straße bis Am Tabor, Geiselbergstraße von Nemelkagasse bis Lorystraße, Hütteldorfer Straße von Tannengasse bis Huglgasse, Währinger Straße von Semperstraße bis Aumannplatz, Gunoldstraße von Muthgasse bis Boschstraße.

Unsere Forderung nach Erklärung weiterer Straßen zu Bundesstraßen bleibt nach wie vor aufrecht. Die Benachteiligung des Landes Wien, in dem von 9.230 Kilometer Bundesstraßen nur 15 Kilometer vorhanden sind, kann nicht aufrechterhalten werden. Es ist an eine weitere Verbesserung der schienengleichen Straßenübergänge gedacht.

Dritte Donaubrücke schon in Arbeit

Auf dem Brückenbausektor werden ebenfalls große Arbeiten weitergeführt bzw. begonnen werden. Mit dem Bau der 3. Donaubrücke ist bereits begonnen worden, die Hebung eines Wracks steht vor dem Abschluß, die Pfeilersanierung der ehemaligen Nordwestbahnbrücke, auf deren Pfeilern bekanntlich die neue Brücke errichtet werden soll, ist im Gange, die Angebote für die neue Brücke sind bereits beim Magistrat eingelangt. 142,2 Millionen Schilling, das sind um 31 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr, werden für den Brücken- und Wasserbau ausgegeben werden.

Neben Hochwasserschutzverbesserungen in allen Teilen der Stadt soll auch das große Projekt zur Verbesserung des Hochwasserschutzes an der Donau weitergetrieben werden. Die für den Hochwasserschutz ausgearbeiteten 16 Projekte wurden in der Zwischenzeit schon auf vier reduziert und diese vier Projekte werden jetzt von eigenen Kommissionen, die im Ingenieur- und Architektenverein gebildet wurden, überprüft.

Interessante Entwicklung im Hafen Lobau

Bezüglich der Hafenverwaltung haben wir nun neuerdings die Bitte, möglichst bald eine Betriebsgesellschaft zu gründen. 1962 sollen 3,7 Millionen Schilling in den Hafenanlagen investiert werden.

In den letzten Jahren wurden im Hafen Lobau 205.000 Quadratmeter baureife Pachtflächen durch Niveauregulierungen geschaffen, die in Kürze an Umschlagtreibende vergeben werden. Ich empfehle allen Damen und Herren des Wiener Gemeinderates, sich möglichst bald die interessante Entwicklung im Hafen Lobau anzusehen.

Für die Wiener Garten- und Parkanlagen stehen im Jahre 1962 122,8 Millionen Schilling zur Verfügung. Davon wird für die Erhaltung der Gartenanlagen ein Betrag von 7,4 Millionen Schilling ausgegeben werden. Die größte Summe, nämlich 40 Millionen Schilling, kostet die Errichtung des Donauparks, in dem im Jahre 1964 eine große internationale Gartenschau abgehalten werden wird.

Größere Gartenbauprojekte: 2, Mexikoplatz; 2, Praterstern; Weiterbau der Gartenanlage am linken und rechten Donaukanalufer im 2., 3. und 20. Bezirk; Schweizer Garten, Motivpark, Volkspark Laaer Berg usw.

Für die Staubfreimachung von Spielplätzen und Wegen in verschiedenen Gartenanlagen wird eine Million Schilling ausgegeben. Das Stadtgartenamt betreut derzeit 13,7 Millionen Quadratmeter Grünflächen; jährlicher Zuwachs rund eine halbe Million Quadratmeter. Leider mußten wir auch in diesem Jahr schwere Beschädigungen der Grünanlagen und Bänke, vor allem in den Abendstunden feststellen. Ich appelliere daher an die gesamte Wiener Bevölkerung, den herrlichen Grünanlagen unserer Stadt mehr Schutz angedeihen zu lassen.

Abschließend dankte Stadtrat Heller allen, die an dem faszinierenden Baugeschehen unserer Stadt Anteil haben.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Stadtplanungsausstellung noch bis 23. Dezember
=====

16. Dezember (RK) Wegen des großen Interesses, das die Ausstellung "Wiener Stadtplanung" in der Volkshalle des Wiener Rathauses gefunden hat, hat man sich dazu entschlossen, die Ausstellung noch bis einschließlich 23. Dezember offenzuhalten. Die Ausstellung ist von 9 bis 21 Uhr (Samstag und Sonntag bis 19 Uhr) frei zugänglich.

- - -

Der erste Schnee
=====

Wien scheint zum erstenmal nach langen Jahren wieder weiße Weihnachten zu bekommen. Heute nacht fiel trotz der grimmigen Kälte der erste Schnee. Die Schneehöhe ist allerdings weder eine Freude für die Autofahrer, für die auf alle Fälle zuviel Schnee gefallen ist, noch für die Wintersportler, denen er zuwenig ist.

Die Stadtreinigung hatte jedenfalls genug Arbeit mit dem "weißen Segen". Schon in der Nacht fuhren zwölf Schneepflüge und 25 Streuautos durch die Straßen. Heute vormittag sind zehn Schneepflüge und 47 Streuautos unterwegs. 58 Schneearbeiter konnten aufgenommen werden, die zusammen mit 834 Mann des eigenen Personals arbeiteten.

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Die Debatte über Bauangelegenheiten

Als erster Debattenredner zu den Ansätzen der Geschäftsgruppe VI spricht GR. Hausner (KLS). Er beschäftigt sich zunächst mit dem Wohnungsbau und gibt seiner Überraschung darüber Ausdruck, daß im entscheidendsten Sektor, nämlich dem kommunalen Wohnungsbau, seiner Meinung nach so beträchtliche Reduzierungen vorgenommen wurden. Er finde es nicht richtig, daß die Stadtverwaltung angesichts der großen Wohnungsnot das Schwergewicht auf den genossenschaftlichen Wohnungsbau und auf die Förderung privater Bautätigkeit verlagert hat. Er meint, dieser Entschluß entspreche nicht der sozialen Schichtung der Wiener Bevölkerung, und er glaube auch nicht, daß es die Aufgabe der Gemeinde sein kann, Leute zu fördern, die in der Lage sind, sich ein "Haus von der Stange" zu kaufen. Sollte es bei den 4.000 kommunalen Wohnungen bleiben, sagt er, dann werden wir bald nur mehr die Substanzverluste decken können. Er verweist darauf, daß bereits auch der genossenschaftliche Wohnungsbau durch den immer mehr sich bemerkbar machenden Grundbodenwucher in eine schwierige Lage geraten ist. Die sogenannten Generalunternehmer haben seiner Ansicht nach ausreichende Praxis, um auch bei den geförderten Bauten gut zu verdienen, wie die Machinationen beweisen, denen die Wohnungswerber ausgesetzt sind. Er ersucht um Mitteilung, warum der kommunale Wohnungsbau so empfindlich zugunsten des genossenschaftlichen Bauens und der privaten Bauherren reduziert wurde. Er verweist auf die Instandsetzungsarbeiten in den Luxusbetrieben, wie Kursalon und Cobenzl-Bar sowie auf den Neubau des Bellevue-Restaurants. Eine solche Bautätigkeit stehe nicht im Einklang mit den Bedürfnissen unserer Bevölkerung. Er glaube, den Pächtern dieser Betriebe wäre es möglich gewesen, private Kredite zu bekommen.

Er wendet sich dann der Bauplanung zu und erinnert daran, daß bereits im Jahre 1945 die Notwendigkeit der Auflockerung unserer Stadt richtig erkannt wurde. Die Bombenruinen, die man ursprünglich nach den damaligen Konzepten als Flächen für Grünanlagen verwenden wollte, sind aber bereits verbaut.

Der Redner begrüßt, daß in den letzten Jahren größere Wohnhausanlagen der Stadtverwaltung im Grünen gebaut wurden, besonders am linken Donauufer; dennoch glaube er, daß die Wohndichteeiniger geplanter großen Anlagen immer noch zu groß wäre. Er macht darauf aufmerksam, daß hier die Möglichkeit gegeben ist, in unmittelbarer Nähe dieser Wohnhausanlagen auch Kleingartenanlagen zu errichten. Es sei nicht einzusehen, warum es in Österreich nicht endlich zur Schaffung eines Bodenbeschaffungsgesetzes kommt, das in vielen anderen Ländern bereits eine Selbstverständlichkeit ist. Den Sozialisten müßte es gelingen, ihren Koalitionspartner von der Notwendigkeit des Gesetzes zu überzeugen.

Beim Neubau des Allgemeinen Krankenhauses ist zu hoffen, daß es endlich einmal zum Baubeginn kommt und daß der Bau dann sowohl den Bedürfnissen der Kranken, als auch den der Ärzte und anderer Mitarbeiter entspricht, sich aber auch in das Stadtbild gut einfügt.

Bei Straßen- und Verkehrsbauten sei man jetzt doch dazu übergegangen, ihre Durchführung nach einem Plan vorzunehmen. Leider weiß man aber noch nicht, wie sich die Unterführungen bei der Schaffung einer zweiten Verkehrsebene auswirken werden. Auf die Dauer wird es aber in Wien unmöglich sein, ohne eine zweite Verkehrsebene auszukommen. Die Lösung des Verkehrsproblems liege schließlich nicht darin, daß man schöne neue Straßenbahnwagen hat, sondern wie schnell und wie sicher man damit vorwärtskommt. Sicherlich ist die Schaffung einer zweiten Verkehrsebene auch eine Geldfrage. Es wäre zweckmäßig, ein konkretes Konzept für die Errichtung der zweiten Ebene zu erstellen und dann den Bund zu veranlassen, seinen Beitrag zu leisten. Es gäbe kein anderes Land, in dem nicht der Bund für derartige Leistungen der Landeshauptstadt einen Betrag hergibt. Man müsse die ganze Kraft des Landes Wien dafür einsetzen, damit der Bund endlich dazu verhalten wird, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Der Redner fragt Stadtrat Heller, ob die Mitteilung einer Zeitung stimme, daß beim Schnellbahnbau im Bereiche des Südtiroler Platzes oder auf der Südbahnstrecke etwas nicht in Ordnung sei.

Auf dem Sektor der Verkehrsbauten fordert er den Ausbau der Erzherzog Karl-Straße. Ihr Ausbau könnte nicht nur aus Rücksicht auf die Bäume verhindert werden. Die Sicherheit der Menschen sei schließlich wichtiger. Man wird auch daran denken müssen, eine Unterführung in der Erzherzog Karl-Straße zu schaffen. Es müssen von den Fußgängern sieben Gleise überschritten werden und der Schranken ist zusammengerechnet an siebeneinhalb Stunden des Tages geschlossen. Auch die Leopoldauer Straße, die Jedleseer Straße und noch viele andere Straßen in den Randbezirken müßten umgebaut werden, da sie den Verhältnissen nicht mehr entsprechen. Größtes Augenmerk müßte auch der Errichtung von Gehsteigen zugewendet werden. Sicherlich sei das nicht Aufgabe der Gemeindeverwaltung, doch müßte die Gemeinde die Anrainer dazu verhalten, für die Herstellung von Gehsteigen zu sorgen. Der Redner stellt den Antrag, den Magistrat zu beauftragen, in allen Fällen, in welchen die Eigentümer nicht bereit sind die Gehsteige herrichten zu lassen, diese im Wege von Ersatzvornahmen machen zu lassen.

GR. Hausner kommt dann auf das Gebiet des Biberhaufens zu sprechen, das in den letzten 30 bis 40 Jahren ein wirkliches Siedlungsgebiet geworden sei.

Es sei selbstverständlich, daß man dort die alten Wasserläufe saniert. Es müßte aber dafür gesorgt werden, daß das andere Gebiet als Siedlungsgebiet gesichert bleibt. Größeres Augenmerk müßte man den Baggerungen in der Alten Donau zuwenden. Es wäre schade, würde dieses schöne Erholungsgebiet austrocknen.

Sehr zu begrüßen sei die Arbeit des Stadtgartenamtes, die überall Anerkennung findet. Wünschenswert wäre es, würde man auch in den Gartenanlagen der städtischen Wohnhäuser Blumenbeete anlegen. Leider ist dies bisher nicht bei allen Anlagen der Fall.

Abschließend stellt GR. Hausner fest, daß die KLS-Fraktion den Ansätzen zustimmen werde.

GR. Neset (FPÖ) spricht über den sozialen Wohnhausbau und stellt fest, daß gerade in den beiden letzten Jahren der Begriff des sozialen Wohnhausbaues sich wesentlich gewandelt hat und schon allein qualitätsmäßig großen Veränderungen unterworfen war.

Es bestehe aber nach wie vor großer quantitativer Mangel an Wohnraum. Man dürfe die Quantität nicht zugunsten der Qualität einschränken. Man müßte überlegen, ob man dem sozialen Wohnhausbau nicht doch wieder einen breiteren Rahmen geben soll. Im kommenden Jahr werden bekanntlich von 12.000 Wohnungen nur 4.000 im sozialen Wohnhausbau errichtet. 800 bis 1000 davon entfallen auf die neue Fertigteilbauweise. Es sei bedauerlich, daß durch die Fertigteilbauweise keine Steigerung in der Zahl der Wohnungen erreicht wird und die Baukosten durch die Methode nicht niedriger sind. Man müßte sich daher noch eingehend damit befassen, welcher Baumethode man den Vorzug geben soll. Notwendig wäre es auch, den jungen Menschen einzuschärfen, daß das erste Ziel bei der Gründung einer Familie die Schaffung einer Wohnung und dann erst eines Autos usw. ist.

Der Redner kommt dann auf die Forderung nach Schaffung eines Bodenbeschaffungsgesetzes zu sprechen und stellt fest, daß auch die FPÖ-Fraktion für ein solches eintritt. Man müßte jedoch Sicherungsmaßnahmen in dieses Gesetz einbauen, damit nicht die Gemeinde Wien über ihre eigenen Anträge als zweite Instanz zu entscheiden hat. Die Schaffung der Bodenwertabgabe, von der sich die beiden Regierungsparteien viel versprochen haben, habe sich keinesfalls günstig auf die Bodenpreise ausgewirkt.

Zur Planung bemerkt der Redner, er glaube, man müsse doch eine Reihenfolge in der Dringlichkeit der Planungsaufgaben aufstellen. Er sehe zum Beispiel nicht ein, warum jetzt schon die Fußgängerpassage Operngasse gebaut werden soll.

Zur Frage des Verkehrs meint er, das Problem unserer Stadt sei die Verbindung der Außenbezirke und der Innenbezirke untereinander. Man solle sich daher endlich entschließen, die Vorortelinie zu aktivieren. Bei der Alwegbahn kritisiert der Redner die beabsichtigte Trassenführung. Eine Probestrecke wäre seiner Ansicht nach besser in das neue Industriezentrum Liesing zu führen.

Scharfe Kritik übt GR. Nessel daran, daß die Westeinfahrt der Autobahn nicht vordringlich behandelt wird. Wir wissen, daß manche Stellen des Bundes keine besondere Vorliebe für Wien haben.

Daß man aber einen einstimmigen Beschluß der Volksvertretung dieser Stadt übergeht, darüber sollte sich der Gemeinderat eingehend unterhalten. Sonst wird vielleicht der Zustand eintreten, daß man von Salzburg nach Mödling fahren kann, aber durch Nebenstraßen die Hauptstadt unseres Landes erreichen muß.

Allgemeines Krankenhaus: Eine ausreichende Planung sei wohl unbedingt notwendig, aber nun müsse er das dringende Ersuchen stellen, alles daran zu setzen, daß dieser Bau endlich begonnen wird.

Bei der Besprechung von Architekturfragen kritisiert der Redner die Farbgebung mancher Wohnhausanlagen, "in denen sich der Flieder schämt, überhaupt zu blühen", so zuckerfarben sehen die Häuser aus.

Abschließend erklärt GR. Nessel, daß trotz der vorgebrachten Kritik die FPÖ-Fraktion den Ansätzen zustimmen werde.

GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz (ÖVP) bezeichnet es als erfreulich, daß beim Bau neuer Stadtviertel und Wohnhausanlagen die Wohnungen bereits mit Zentralheizung versehen sind. Es sei jedoch notwendig, diese Wohnhausanlagen auch verkehrsmäßig zu erschließen. Ebenso ist es erforderlich, genügend Geschäftslokale einzuplanen, um die Bedürfnisse dieser neuen Stadtviertel in unmittelbarer Nähe befriedigen zu können.

Zum Montagebau bemerkt der Redner, er hoffe, daß es hier nicht zu einer Uniformierung unseres Stadtbildes kommen werde, so wie dies zum Teil in Paris geschehen ist. Er verweist auch darauf, daß es in Österreich seit einiger Zeit ein ähnliches Verfahren gibt, die Großtafelbauweise. Sie hat den Vorteil, daß sie die Freizügigkeit der Planung vollkommen sichert und jede Uniformierung vermeidet.

Der Redner begrüßt, daß im Plan des Zentrums Kagran erfreulicherweise auch für Werkstätten und Gewerbebetriebe vorgesorgt ist.

Er gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß die neue Schottentorpassage so gut funktioniert, wiederholt aber seinen bereits vorgebrachten Antrag, man möge die Sicherung der Automatenstraße gegenüber dem Straßenbahngleise vornehmen.

Er richtet dann die Aufmerksamkeit des Gemeinderates auf die beabsichtigte Errichtung einer Tankstelle in der Parkanlage hinter der Votivkirche. Dieser Versuch führte, bereits zu Klagen der Anrainer dieses Stadtviertels. 115 Haushalte und Familien des Rooseveltplatzes unterzeichneten einen Protest, in dem sie sich gegen die unausbleiblichen Auspuffgase der Kraftfahrzeuge und die Lärmentwicklung in der Umgebung dieser Tankstelle verwahren. Der Redner gibt auch zu bedenken, daß die Luft und die Ruhe in dieser Grünanlage durch eine Genehmigung der Tankstelle auf das äußerste gefährdet wäre. Abschließend erklärt der Redner, man könne sagen, daß die fortschrittliche Stadt Wien auf dem Verkehrssektor es verstanden habe, der Bevölkerung das zu geben, was sie verlangt. Und dies bezeichnet er auch als das Entscheidende.

Als nächster Redner kommt GR. Pfoch zu Wort. Er verweist auf die großen Summen, die im Voranschlag 1962 für die Bautätigkeit der Stadt Wien vorgesehen sind. Das Bauen der Stadtverwaltung beschränke sich aber nicht nur auf Wohnungen und Nutzbauten, die jedermann sehen kann. Sehr groß, sagt er, ist der unsichtbare technische Einsatz bei unterirdischen Einbauten. **und bei** Verkehrsbauwerken. Beim Brückenbau an der Prager Straße in Floridsdorf zum Beispiel, wurden an die Statiker ganz außerordentliche Anforderungen gestellt.

Er stellt mit Genugtuung fest, daß im Rahmen des Assanierungsprogrammes 800 Räumungsfälle ohne nennenswerte Schwierigkeiten durchgeführt werden konnten. Er nennt aber zugleich auch die Beispiele krassen Egoismus gegenüber den Interessen der Allgemeinheit. So befinden sich die Böschungen der nun fertiggestellten Heiligenstädter Brücke in Privatbesitz. Von der Baufirma, die die Heiligenstädter Brücke baute, mußte im vergangenen Jahr allein für die Genehmigung, an dem kleinen Ufergrundstück Baumaterialien lagern zu dürfen, 18.000 Schilling Pacht entrichtet werden. Die Stadtverwaltung gab die Hoffnung nicht auf, mit dem Grundbesitzer zwecks Verkauf des Uferstreifens zu einem glücklichen Einvernehmen zu kommen. Es trat aber das Gegenteil ein. Bei der neulich durchgeführten genauen Vermessung stellte sich heraus, daß bei der Herstellung des Brückenpfeilers ein halber Quadratmeter privaten Grundes verbaut wurde.

Der Grundbesitzer hat mit einer Klage wegen Besitzstörung gedroht. Der Quadratmeterpreis in Höhe von 550 Schilling für die Böschung wurde immerwieder als zu gering abgelehnt. Ähnliche Erfahrungen mußte die Stadtverwaltung auch mit einem Grundbesitzer in der Gunoldgasse machen, wo die Zufahrt zur Heiligenstädter-Brücke in einem scharfen Bogen verläuft.

Der Redner ist der Ansicht, daß in Fällen eines solchen rücksichtslosen Standpunktes der Grundbesitzer die Gemeinde Wien mit Enteignungsanträgen vorgehen müßte. Er fragt in diesem Zusammenhang die ÖVP, ob sie eine solche Vorgangsweise billige, oder ob sie diesen Leuten weiterhin die Stange halten will. Er ersucht auch die ÖVP, klar zu sagen, wie sie zum Assanierungs- und Bodenbeschaffungsgesetz steht, und ob sie weiterhin die Absicht habe, diese Gesetze mit einer Mietenreform zu koppeln.

GR.Pfoch begrüßt die Bemühungen der Stadtverwaltung zur Verhinderung des Verfalles des Althausbestandes. Er glaube aber auch, es müßte ein Assanierungsfonds für denkmalgeschützte Häuser geschaffen werden, allerdings nur für Objekte, die einen solchen Schutz wirklich brauchen. Den Denkmalschutz für drei Nobelheurige in Alt-Ottakring bezeichnet er als sinnlos, da man in diesem Assanierungsviertel überhaupt keinen Ansatz des alten Ortskernes feststellen kann. Hier wurden die Wünsche des Denkmalschutzes respektiert, ein Stück weiter aber wird der Schottenhof, ein Bau aus dem 12. Jahrhundert, ohne Bedenken der Spitzhacke ausgeliefert.

Der Redner beschäftigt sich dann mit Fällen in denen die Stadt Wien durch den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds, benachteiligt wird, wie es zum Beispiel auf dem Franz-Josefs-Kai geschah. Die Gemeinde Wien habe dort die Gründe angekauft, um eine Verbauung des Kais zu verhindern. Die Transferierung der Fondsmittel für andere Baustellen wurden aber vom Fonds nicht genehmigt.

Der Redner kommt sodann auf die Verteilung der Fondsmittel zu sprechen und stellt fest, daß der derzeitige Verteilungsschlüssel der breiten Masse der Bevölkerung nichts nütze. So wurde durch den Fonds die Errichtung von 762 Wohnungen in Ein- oder Zweifamilienhäusern gefördert, ferner der Bau von 3242 Wohnungen in Genossenschaftshäusern und 5683 Wohnungen, die durch sogenannte Realitätenbüros zu horrenden Preisen verkauft wurden. Hier müßte dringend eine Änderung erreicht werden.

Dem Gemeinderat Nessel müsse man sagen, daß sich der Begriff des sozialen Wohnungsbaues geändert habe. Seinen Anregungen, weniger luxuriös zu bauen, könne man jedoch nicht zustimmen. Im Gegenteil, die Gemeindeverwaltung wird sich bemühen, nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft gute Wohnungen und schöne Häuser der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Die Gemeindeverwaltung wird auch nicht müde werden, vom Bund eine gleiche und gerechte Behandlung, wie sie auch anderen Bundesländern zuteil wird, zu verlangen.

Abschließend stellt Gemeinderat Pfoch fest, daß die Stadt Wien weiterbauen wird an ihren Sozialeinrichtungen, Wohnungen und Erholungsflächen, damit die Stadt noch schöner und das Leben der Bevölkerung angenehmer wird. Die Sozialisten sind bestrebt, alles für den Fortschritt und die soziale Gesundung unserer Stadt zu tun. Die alten schönen Baulichkeiten sollen gepflegt, die neuen zweckmäßig und schön errichtet werden, damit sie den Erfordernissen der Gegenwart und der Zukunft gerecht werden. Die Kultur des 20. Jahrhunderts soll nicht allein nach der Pracht und Schönheit ihrer Kathedralen und Paläste beurteilt werden, sondern auch nach der Zahl und Güte der erbauten Volkswohnungen. (Beifall).

GR. DDr. Prutscher (ÖVP) stellt fest, daß die Fragen des Planens und Bauens eine gründliche Behandlung und Diskussion erfordern. Es dürfe jedoch nicht dazu kommen, daß man in der Diskussion den anderen mißverstehe und aneinander vorbeiredet. Leider sei das bei der Beratung des städtebaulichen Grundkonzeptes der Fall gewesen. Gemeinderat Hella Hanzlik habe so zum Beispiel seine Frage, ob wir besser oder schlechter bauen als zur Gründerzeit, falsch verstanden. Dazu ist zu sagen, daß man die heutige Zeit nicht mit der Gründerzeit vergleichen könne, denn in 50 Jahren habe sich vieles geändert. Heute ist das längst überholt, was einmal als Komfort gegolten hat. Man wird es dem einzelnen überlassen müssen, zu entscheiden, was er vorzieht, eine Gemeindefunktion mit sanitären Anlagen usw., mit niedrigen Räumen, die eine gute Heizbarkeit gewährleisten, oder ob er vor allem darauf Wert legt, eine alte, weitaus schalldichtere Wohnung mit höheren und größeren Räumen zu haben, in der er selbst sanitäre Anlagen einbauen lassen muß.

Ein anderes Mißverständnis betreffe die Forderung nach größtmöglicher Verstreuung von Grund und Boden. Selbstverständlich brauchen wir für öffentliche Bauten, die der Allgemeinheit dienen, Grund und Boden. Es müßte aber auch dafür gesorgt werden, das Eigentum an Grund und Boden für die Errichtung von Wohnungen und Betriebsstätten möglichst weit zu streuen. Diese Streuung des Eigentums muß ebenso wie die Bodenbeschaffung eine ständige Aufgabe der öffentlichen Hand sein. Denn wenn wir unsere Stadt planen, so wollen wir sie als eine freie Stadt, freier Menschen planen. Freiheit aber braucht Sicherheit und diese ist darin gelegen, daß möglichst viele Menschen unserer Stadt ein gesichertes Eigentum haben. Kurz zusammengefaßt heißt das also: Öffentliches Eigentum, soweit als nötig - privates Eigentum, in so großem Ausmaß als möglich und soweit als möglich gestreut.

Der Redner kommt sodann auf die Forderung der Stadt Wien an den Bund zu sprechen, dieser möge Straßen in seine Obhut übernehmen. Er stellt fest, daß Minister Bock erklärt habe, er brauche hier einen Antrag der Stadt Wien. Er sei grundsätzlich dazu bereit, die beiden Begleitstraßen längs des Wientales in die Verwaltung des Bundes zu übernehmen. (Bürgermeister Jonas: Ich habe in meinem Brief genau die Straßen bezeichnet und auch die Kilometer angegeben!)

Der Redner begrüßt es, daß die Frage des Fachbeirates geklärt wurde. Wichtig wäre es, diesen Fachbeirat zu ergänzen und so unter anderem einen Verkehrsfachmann und auch einen Statistiker beizuziehen. Die Debatte über die Stadtplanung habe auch in anderen Fragen Klarheit geschaffen. So hat sowohl der Stadtrat der Geschäftsgruppe VI als auch der Stadtplaner bezüglich der Bildung von Nebenzentren festgestellt: Es ist nicht daran gedacht, Bereiche die in der City liegen, in Nebenzentren oder Nebencities zu verlegen!

Die Nebencities seien nur zur Aufnahme neuer Gebäude, aber nicht zur Absiedlung alter gedacht.

Diese Feststellung zeigt, daß uns etwa gefährliche Experimente auf diesem Gebiet erspart bleiben. Zugleich aber zeigt diese Feststellung, daß die Lösung der Verkehrsfrage in den inneren Bezirken, die also City und Nebencities betreffen, nicht durch die Bildung von Nebenzentren zu erwarten ist. ./.

Wenn also die Überlegung, daß die Schnellbahn den Verkehr etwa vom Ring abzieht, nicht stimmt, so müssen wir vielleicht noch auf den äußeren Ring warten, ob dieser Verkehr abzieht.

Es ist klar, daß man zuerst eine billigere Lösung suchen wird müssen, bevor man Geld für eine teurere Lösung ausgibt. Die zweite Verkehrsebene in der Inneren Stadt ist sicher eine teurere Lösung, als die Umfahrung derselben. In der Fortsetzung der Planung werden wir uns mit der Wahl des Verkehrsmittels zu beschäftigen haben, da es sich ja hier um eine betriebswirtschaftliche Frage mit all ihren anderen Auswirkungen handelt. Wird dieses Verkehrsmittel dem Publikum zusagen, wird es rasch genug sein und wie wird sich der Fahrpreis gestalten?

Der Redner geht dann noch näher auf die acht Punkte des städtebaulichen Grundkonzeptes ein und stellt fest, daß man die Grundsätze vor ihrer Verwirklichung genau wird überprüfen müssen.

Theorie und Praxis der Planung stimmen oft nicht überein. Wir haben den Ringturm, einen neuralgischen Punkt des Verkehrs, gebaut, wir haben Stockwerksaufbauten vorgenommen, Wohnhausanlagen im Cottageviertel und ein Hochhaus in Alt-Ottakring errichtet. Wir haben auch keineswegs zur Auflockerung der zu dicht verbauten Stadtgebiete beigetragen, wie das Beispiel Matzleinsdorfer Platz beweist. Andererseits kann man bei der Verbauung in Randgebieten zu weit gehen, wie das Beispiel von Gemeindehäusern im Wald- und Wiesengürtel zeigt. Wir sind uns auch anderwärts noch nicht klar genug gewesen, wohin Wohnhäuser gehören, wie das derzeitige Zentrum in Floridsdorf zeigt.

Man könnte noch eine Reihe von Beispielen aufzählen, von der Errichtung von Wohnhausanlagen an falschen Orten, dort wo Industriegleise zweckmäßige Arbeitsstätten ergeben hätten, oder in der Nähe von Schlachthöfen, deren Gerüche die Mieter stören. - Können wir also wirklich sagen, daß wir uns keine Zukunftsmöglichkeiten verbaut haben?

Wir müssen die einzelnen Ziele der Planung möglichst genau durcharbeiten und durchrechnen. Wir müssen die fehlenden Unterlagen raschest ergänzen und vereinheitlichen. Für manche Fragen wird es auch erforderlich sein, Fachleute außerhalb des Magistrates heranzuziehen.

Abschließend erklärte der Redner im Namen der ÖVP den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe zustimmen zu wollen (Beifall bei der ÖVP).

GR. Billmaier (SPÖ) unterstreicht besonders, daß in Wien im kommenden Jahr 12.000 Wohnungen gebaut werden. Wien ist damit das einzige Bundesland, das dem Willen der Regierungserklärung nachgekommen ist. Wien hat aber auch in den vergangenen Jahren stets den größten Anteil an neuerrichteten Wohnungen gehabt.

Der Redner nimmt dann zur Frage der Fremdarbeiter im Baugewerbe Stellung. Er verweist darauf, daß, wie schon Stadtrat Heller ausführte, auf den Baustellen der Gemeinde Wien im Winter mehr Arbeiter beschäftigt sind, als im Sommer. Damit wurde ausgedrückt, daß das Bauen keine Frage der Saison mehr ist, und man bei gutem Willen das ganze Jahr hindurch bauen kann. Würde man außerhalb Wiens auch so ökonomisch denken, dann wären Fremdarbeiter nicht notwendig. Im übrigen hat aber die Gewerkschaft schon im Vorjahr zugestimmt, 7.200 ausländische Arbeitskräfte nach Österreich zu bringen. Von den 1.500 Bauarbeitern, die für Oberösterreich vorgesehen waren, und die angeblich unbedingt benötigt wurden, ist jedoch nur ein einziger Mann beschäftigt worden. Auch in Wien wurden von dem Kontingent von 1400 Bauarbeitern nur 61 ausländische Arbeitskräfte gebraucht.

Es ist sicher, daß das Baugewerbe an gewissen Nachwuchssorgen leidet. Die Ursache sieht der Redner jedoch darin, daß die Arbeiter nicht menschenwürdig behandelt werden. Für die soziale Betreuung wurde sehr wenig getan. Es gibt kaum anständige Umkleideräume, keine Speiseräume und andere Einrichtungen, die in der Industrie längst üblich sind. Wenn hier etwas getan würde, dann wird die Diskussion um die Hereinnahme von Fremdarbeitern von selbst aufhören.

Zu den Ausführungen von GR. Strunz über den Montagebau bemerkt der Redner, daß Dr. Strunz doch selbst aus dem Ausschuß wisse, daß keine Uniformierung zu befürchten sei.

GR. Billmaier beschäftigt sich ebenfalls mit der Gründerzeit und stellt einige Vergleiche an. Im Jahr 1893 betrug die durchschnittliche Wohnungsgröße 19.70 Quadratmeter; auf eine Person entfielen 3.65 Quadratmeter Wohnraum und der Zins machte 16 bis 25 Prozent des Einkommens aus.

1960 beträgt die durchschnittliche Wohnungsgröße in Wien 34.75 Quadratmeter, wobei jedoch zu bemerken ist, daß im sozialen Wohnungsbau die durchschnittliche Wohnungsgröße bereits mehr als 50 Quadratmeter ausmacht. Auf eine Person entfallen 14.30 Quadratmeter Wohnraum und der Zins beträgt acht Prozent des Einkommens.

GR. Billmaier erklärt, daß die SPÖ-Fraktion den Ansätzen zustimmen wird.

Stadtrat Heller stellt in seinem Schlußwort fest, daß die zweitägige Diskussion über die Stadtplanung im Wiener Gemeinderat jetzt auch ihren Niederschlag in der Budgetdebatte gefunden habe. Die Bauwerke der letzten Jahre, sagt er, wurden nicht etwa mit einer schlafwandlerischen Sicherheit geschaffen. Ihr Entstehen war vielmehr das Ergebnis einer langjährigen umsichtigen Planung. Die gegen die Wohnhäuser vorgebrachte Kritik entspreche deshalb oft nicht den gegebenen Tatsachen. Auch er sei für die Forcierung der Wohnbautätigkeit, doch gibt er zu bedenken, daß die Grenze jeder Bautätigkeit durch die vorhandenen finanziellen Mittel und auch die Baukapazität gezogen wird. Wenn die Rathausmehrheit das Versprechen gegeben hat, in dieser Funktionsperiode des Gemeinderates 45.000 Wohnungen zu bauen und zu fördern, dann werde sie dieses Versprechen auch einhalten.

Zur Anfrage, warum es zu einer Verschiebung vom kommunalen zum genossenschaftlichen Wohnungsbau gekommen ist, sagt er, es habe sich gezeigt, daß man dadurch bei gleichen finanziellen Mitteln mehr leisten könne. Er stellt fest, daß bei der gesamten Wiener Bevölkerung ein großes Interesse für den genossenschaftlichen Wohnungsbau besteht, und zwar auch in weniger begüterten Kreisen. Die Probleme des gemeinnützigen Wohnungsbaues liegen übrigens in Wien viel günstiger als in den anderen Bundesländern und auch die Wohnungssuchenden sind bei uns besser gestellt als anderswo in Österreich.

Als die Ursache für die Erhöhung der Sachkredite bezeichnet er die Lohn- und Preissteigerungen und auch die bessere Ausstattung der Wohnungen.

Zur Architekturfrage, die in der Debatte aufgerollt wurde, stellte er fest, man solle die Fassaden der vergangenen Bauperioden nicht zu sehr kritisieren, man soll auch, wenn man darüber geteilter Meinung sein kann, nicht außer acht lassen, daß das wichtigste die Funktion der Wohnung ist. ./.

Man dürfe auch nicht vergessen, unter welchem Druck in den ersten Nachkriegsjahren bei uns gebaut werden mußte, um die größte Wohnungsnot lindern zu können.

Abschließend stellt Stadtrat Heller fest, daß die Forderungen an den Bund bezüglich des Straßenbaues nicht in irgendeiner akademischen Form, sondern durch Bürgermeister Jonas sehr konkret gestellt worden sind. Dem Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau sind diese Forderungen längst bekannt.

Der Bau der Fußgängerpassage Operngasse muß deshalb schon im kommenden Jahr in Angriff genommen werden, weil unmittelbar nachher auch der Karlplatz umgebaut werden soll.

Die Verbindung Sechshauser Gürtel - Philadelphiabrücke wurde von allen Experten, die sich mit dieser Frage beschäftigten, befürwortet.

Was den Bau des Allgemeinen Krankenhauses betrifft, entspreche es nicht den Tatsachen, wenn erklärt wurde, daß ein Architektenteam die Fragen der Ausführung klären soll.

Für die Errichtung der Tankstelle hinter der Votivkirche ist die Geschäftsgruppe VII zuständig. Das Stadtbauamt war der Ansicht, daß eine solche Tankstelle unmittelbar bei der Großgarage Votivpark gebaut hätte werden sollen, doch zeigte sich, daß es nach den derzeitigen Vorschriften nicht möglich ist. Den Bauherren wurden daher andere Baustellen empfohlen. Die Entscheidung über den Standort der Tankstelle ist noch nicht gefallen. Es wird aber selbstverständlich darauf Bedacht genommen werden müssen, daß die Anrainer dadurch nicht belästigt werden.

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze des VI. Hauptstückes einstimmig angenommen.

Der Antrag des GR. Hausner, betreffend Ersatzvornahme von Gehsteigen, wird einstimmig dem Gemeinderatsausschuß VI zur weiteren Behandlung zugewiesen.

(Ende des Sitzungsberichtes)

Die Budgetberatungen im Wiener Rathaus werden am Montag, um 9 Uhr früh, fortgesetzt. Begonnen wird mit der Geschäftsgruppe VII, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, Referent Stadtrat Lakowitsch. Daran schließt sich, noch am gleichen Tag, die Gruppe VIII, Öffentliche Einrichtungen, Referent Stadtrat Koci.

Wiener Gaspreis der niedrigste Europas!
=====

Gaswerk Leopoldau feiert 50jähriges Jubiläum

16. Dezember (RK) Heute vormittag fand anlässlich des 50jährigen Bestehens des Gaswerkes Leopoldau im großen Saal dieses Unternehmens eine Feier statt. Von Seiten der Gemeindeverwaltung nahmen daran Bürgermeister Jonas, Vizebürgermeister Slavik, die Stadträte Bauer, Schwaiger und Sigmund, Bezirksvorsteher Hitzinger und die Mitglieder des Gemeinderatsausschusses für die Städtischen Unternehmungen teil. Außerdem waren mit Stadtwerke-Generaldirektor Dipl.-Ing. Dr. Horak sämtliche Direktoren der Städtischen Unternehmungen erschienen.

Nach der Begrüßung durch Gaswerke-Direktor Dipl.-Ing. Staufer sprach Generaldirektor Dipl.-Ing. Dr. Horak über die 50jährige Geschichte des Gaswerkes Leopoldau. (Seine interessanten Ausführungen bringen wir am Schluß dieses Berichtes als eigenen Artikel!)

Gemeinderat Weisz sprach im Namen der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten. Wir dürfen feststellen, sagte er unter anderem, daß die Gaswerke immer an der Spitze der Gewerkschaftsarbeit gestanden sind. Schwere Opfer sind von den Arbeitern und Angestellten des Werkes auch im Kampf gegen den Faschismus gebracht worden.

Der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen Schwaiger sagte, daß wir mit Freude und berechtigtem Stolz dieses Jubiläum des Gaswerkes Leopoldau feiern dürfen, das sich unschätzbare Verdienste um die Wiener Bevölkerung erworben hat.

Er gab sodann einen geschichtlichen Abriss über die Zeit bevor in Wien die Gasproduktion und Gasversorgung unter Bürgermeister Lueger kommunalisiert worden ist.

Abschließend sagte Stadtrat Schwaiger, man habe mit Recht in den ersten Nachkriegsmonaten von den "Helden des Wiener Gaswerkes" sprechen können. Was das internationale Ansehen des Gaswerkes betrifft, so besuchen immer wieder Fachleute aus der ganzen Welt dieses Unternehmen. All das verdanke es der rastlosen Arbeit der Techniker, Arbeiter und Angestellten, deren Blick immer in die Zukunft gerichtet und deren Ziel der Fortschritt ist. Die Wiener

Gaswerke leisten europäische Pionierarbeit bei der Weiterentwicklung der Gaserzeugung.

Bürgermeister Jonas sagte einleitend, daß das Gaswerk Leopoldau, das vor 50 Jahren nach zweijähriger Bauzeit errichtet worden ist, in dem vergangenen halben Jahrhundert sich ständig fortentwickelt hat. Dies sei aber der Ausdruck dessen, daß die gesamte Energieversorgung eine ungeahnte Aufwärtsentwicklung und viele Änderungen durchgemacht hat. Nach dem ersten Weltkrieg waren mit den Veränderungen in der Technik auch soziologische verbunden. Vorher wurde auf rein kaufmännischer Grundlage nach dem Rentabilitätsprinzip produziert. In jedem Jahr wurden damals mehrere Millionen Kronen Gewinn an die Stadtkasse abgeführt.

Nach dem ersten Weltkrieg ist man von diesem Grundsatz abgegangen. Seit damals werden die Preise so errechnet, daß die städtischen Unternehmungen keinen Gewinn mehr haben, jedoch die Selbstkosten berechnen. Die Vorteile der billigeren Energie - denn auch beim E-Werk wurde dieser Grundsatz eingeführt - ~~kommen~~ nicht nur den Haushalten, sondern der gesamten Wirtschaft zugute.

Während des zweiten Weltkrieges gab es fast keinen Bombenangriff, bei dem nicht auch das Gaswerk Leopoldau oder sonst ein wichtiger Teil des Gasversorgungsnetzes getroffen worden wäre. Nach Kriegsschluß haben die Stadtwerke die große Aufgabe gehabt, die Bevölkerung Wiens möglichst rasch zu versorgen. Anfangs hatten wohl nur die Floridsdorfer etwas davon, denn die Leitungen, die über die Donau führten, waren so wie die Brücken zerstört.

Neue technische Probleme haben sich seither ergeben. Das Erdgas, das sich vor den Toren Leopoldaus befindet, ist in die Gasproduktion einbezogen worden.

Bürgermeister Jonas nannte sodann einige Zahlen, welche die Entwicklung der Gaswerke besonders deutlich zeigen. Im Jahre 1912 zum Beispiel hat das Werk Leopoldau 50 Millionen Kubikmeter Gas erzeugt. Im letzten Jahr waren es aber 300 Millionen Kubikmeter. Während für die Produktion der 50 Millionen Kubikmeter noch 703 Bedienstete gebraucht wurden, konnte der Personalstand trotz der Erhöhung der Produktion auf das Sechsfache auf 563 Personen gesenkt werden. Dies ist sowohl eine hervorragende technische als auch organisatorische Leistung des Werkes.

Bei den beiden Gaswerken Simmering und Leopoldau zusammen betrug die Produktion im Jahre 1912 192 Millionen Kubikmeter, doch jetzt bereits 553 Millionen. Damals gab es einen Personalstand von zusammen 1.705 Personen, jetzt von nur mehr 1.051.

Ein weiterer interessanter Vergleich ist, daß es im Jahre 1912 196.000 Gaszähler gab, im Jahre 1960 aber 682.000. Da es in Wien rund 700.000 Haushalte gibt, so bedeutet dies, daß fast ganz Wien mit Gas versorgt wird. Diese Dichte gibt es kaum in einer anderen Großstadt.

Weiter soll man in diesem Zusammenhang überlegen, daß im Jahre 1912 ein Bediensteter des Gaswerkes im Jahr durchschnittlich nur fünf Tage Urlaub hatte, während es jetzt im Durchschnitt bereits 25 Tage sind. Es konnte also auch die soziale Entwicklung mit der technischen Entwicklung Schritt halten.

Im Jahre 1912 kostete ein Kubikmeter Gas 17 Heller, ein Betrag, für den man vier Semmeln bekommen hätte. Jetzt beträgt der Gaspreis 94 Groschen und das ist der Gegenwert für weniger als zwei Semmeln.

Man muß diese Zahlen unbedingt beachten und vergleichen: wie groß war die menschliche Arbeitskraft, die seinerzeit verwendet wurde; wie groß sind die Leistungen, die erbracht wurden, und wie hoch sind die Preise und die Kaufkraft von damals und heute. Wenn man diesen Vergleich macht, kann man wohl sagen, daß die Gasversorgung für die gesamte Wiener Bevölkerung, ob Haushalt, Gewerbe usw. allergrößte Bedeutung hat, und man kann die Leistung der Techniker und des Personals der Gaswerke nicht hoch genug einschätzen.

Im Vergleich zu den 94 Groschen, die der Gaspreis pro Kubikmeter beträgt, ist der Gaspreis in Salzburg 1.65 Schilling, in Innsbruck 1.25 S, in Graz 1.50 S, in Linz 1.13 S, in München 1.82 S, in Hamburg 1.95 S und in Paris 1.65 Schilling. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Heizwert des Wiener Gases um etwa zehn Prozent höher ist und daß es bei uns keine Grundgebühr gibt.

Der Wiener Gaspreis ist wahrscheinlich der niedrigste von ganz Europa.

Die Gemeindeverwaltung hat in der Ersten und Zweiten Republik aus dieser angebahnten Entwicklung weitere Konsequenzen gezogen.

Schon in der Ersten Republik gab es Geräteaktionen, die zum Ziele hatten, den technischen Fortschritt möglichst vielen Menschen zugute kommen zu lassen. Der Fortschritt sollte auch in die Armeleute-Viertel kommen.

Nach dem zweiten Weltkrieg wurden die Geräteaktionen der Gemeinde Wien auf breiterer Basis fortgesetzt, dabei wurden mehrere 100 Millionen Schilling umgesetzt. Im Jahre 1960 gab es 10.500 Bestellungen, im Wert von 36 Millionen Schilling. Neu war die Einführung einer Badezimmer-Aktion. Seit 1952 sind dadurch 28.500 Badezimmer-Einrichtungen installiert worden. Es handelt sich dabei um eine Summe von rund 200 Millionen Schilling. Zu der wirtschaftlichen Bedeutung dieser Aktion kommt dabei der ungeheure Fortschritt auf sozialem und hygienischem Gebiet.

Wien erlebt gegenwärtig eine Periode des Fortschritts, wie sie in dieser Stadt in den letzten Jahrhunderten **niemals** zu verzeichnen war.

Die Wiener Gaswerke sind bei der technischen Entwicklung immer mit der Zeit gegangen. In der Fachwelt hat das Gaswerk Leopoldau einen unverändert guten Namen. Fachleute kommen immer wieder nach Wien, um hier zu begutachten und zu lernen. Diese Position verdankt das Werk seiner verantwortungsbewußten Leitung und dem gesamten Personal, dem Bürgermeister Jonas bei dieser Gelegenheit herzlich dankt.

Man müsse aber auch an die Zukunft denken, und so stehen die Gaswerke immer wieder vor neuen Aufgaben. Ein Problem für die nächste Zeit wäre eine bessere Sicherheit aller Gasbezieher. Ob das nun durch chemische Entgiftung oder durch technische Einrichtungen an den Geräten geschehen soll, wird die Zukunft entscheiden. Das sind Probleme für die Techniker, aber auch für die Kommunalpolitiker, denen das Wohl der Bevölkerung ans Herz gelegt worden ist.

Bürgermeister Jonas stellte am Schluß seiner Rede fest, daß in den Gaswerken nicht nur der Geist des technischen Fortschritts herrscht, sondern daß dort auch der Wille und die Liebe zur Freiheit und zur Demokratie immer lebendig sind!

+ + +

./.

Generaldirektor Dipl.-Ing. Dr. Horak:

Die Geschichte des Gaswerkes Leopoldau

Am 31. Dezember 1911 endeten die Verträge mit den beiden letzten privaten Gasgesellschaften, die auf dem Wiener Gemeindegebiet noch tätig waren. Der Gemeinderatsausschuß für die städtische Gasbeleuchtung beschloß in seiner Sitzung vom 10. Februar 1906 die Gründung eines Studien- und Baubüros, in dem damaligen Bericht heißt es wörtlich: "welches die Aufgabe hatte, zu untersuchen, auf welche Leistungsfähigkeit die Steinkohlen-Gasanstalt des Gaswerkes Simmering zu erhöhen sei, ohne hierbei einen Fehler in ökonomischer Beziehung zu begehen." Dieses Studienbüro arbeitete ein Programm für die künftige Gasversorgung Wiens aus und schlug die Errichtung eines zweiten Gaswerkes vor. Es wurde ein Gelände im ehemaligen Wiener Vorort Leopoldau ausgewählt. Die Platzwahl wurde durch den Anschluß an die Gleisanlagen der Nordbahn bestimmt, weil das Ostrau-Karwiner-Revier die naturgegebene Kohlenquelle für die Wiener Gaswerke war. Ferner wurde es für zweckdienlich erachtet, das Rohrnetz von zwei einander diametral gelegenen Punkten anzuspeisen. Am 16. Oktober 1907 wurde vom Gemeinderatsausschuß der Beschluß gefaßt, ein zweites städtisches Gaswerk zu errichten. Bemerkenswert ist, daß in diesem Beschluß der Standort des Gaswerkes nur andeutungsweise angegeben war, um Grundstücksspekulationen zu unterbinden.

Die Planung erfolgte nach einem großzügigen Konzept. Während bei dem elf Jahre vorher im Jahre 1899 fertiggestellten Gaswerk Simmering man so vorging, daß einfach die für kleine Gaswerke damals bekannten Erzeugungsanlagen übernommen und um die große Leistungsfähigkeit zu erreichen vervielfacht wurden, ging man beim Entwurf des Gaswerkes Leopoldau grundsätzlich neue Wege. Es wurden die bis dahin nur auf Kokereien und in den Kohlenrevieren betriebenen Ofensysteme und Aufbereitungsanlagen übernommen und den Gaswerke-Erfordernissen angepaßt. Dazu war ein gewisser Pioniergeist notwendig und es mußten vielfach neue Wege beschritten werden und manches bis dahin nicht Erprobtes gewagt. Wenn man das Gaswerk Leopoldau mit dem zwölf Jahre älteren Gaswerk Simmering vergleicht,

so sind die Unterschiede nach 50 Jahren schon rein äußerlich auch für den Laien geradezu in die Augen springend. Der größte Teil der Objekte, die man heute im Werk sieht, stammt aus der Zeit der Erbauung, die Anlagen wurden seither natürlich der größeren Leistung angepaßt, sie wurden erweitert, aber das Grundkonzept des Werkes konnte unverändert beibehalten werden. Dieses Wohlfahrtsgebäude zum Beispiel, in dem wir unsere heutige Feier abhalten, stammt aus der Zeit der Erbauung des Werkes. Dieser schöne Speisesaal mit der Werksküche, die Badeanlagen, der Sanitätsraum für die ärztliche Betreuung, die Bibliothek usw., das alles wurde 1911 schon geschaffen, zu einer Zeit, da derartige, dem Wohle der Belegschaft gewidmeten Sozialeinrichtungen noch lange nicht so selbstverständlich waren wie jetzt. Man hat auch mit diesen, dem Menschen im Werk gewidmeten Einrichtungen, der Zeit vorausseilend Vorbildliches geschaffen.

Es sei mir gestattet, anlässlich des heutigen Jubiläums jener Männer zu gedenken, denen das Gaswerk seine Entstehung verdankt. Der Leiter des Bau- und Studienbüros war Oberinspektor Menzel. Er wurde 1909 zum Direktor der Gaswerke ernannt und bekleidete diese Stellung mehr als 25 Jahre lang. Im Jahre 1932 wurde ihm auch die Leitung der E-Werke anvertraut und Menzel war bis 1936 Generaldirektor der E- und Gaswerke. Er lebt in Salzburg und steht jetzt im 95. Lebensjahr. Ungebrochen von der Last der Jahre verfolgt er mit regem Interesse die Entwicklung seines Gaswerkes. Ich möchte aus der anlässlich der Inbetriebsetzung des Gaswerkes Leopoldau herausgegebenen Festschrift die damaligen Schlußworte Generaldirektor Menzels zitieren. Er sagte: "Das neue Werk ist, bis weit ins einzelne reichend, vom Baubüro der städtischen Gaswerke entworfen worden. Das anderwärts bereits bestehende oder angebotene Gute blieb hiebei nicht unbeachtet; es wurde aber nicht gewählt, wenn selbständige Arbeit und Erkenntnis Besseres verhiessen. Der Reiz der Neuheit allein war in keinem Fall bestimmend, bisher Nichtbestehendes auszuführen. Vor der mit der Wahl des Neuen verbundenen erhöhten Verantwortung wurde aber nicht zurückgescheut, wenn das Neue auch als das Richtige erkannt worden war. Der schon bei der umfassenden Erweiterung des Simmeringer Werkes eingeschlagene und unbeirrt eingehaltene Weg der Selbständigkeit war unbequemer als der, auf dem Autoritätsglaube, Herkommen

und einflußreiche geschäftliche Macht Begleiter sind. Er führte aber zu einem Werke, das, mit geringen Kosten geschaffen, seinen eigenen Charakter besitzt und in wichtigen Belangen nicht ohne Einfluß auf die Gaserzeugungstechnik sein wird." Ich darf mir erlauben, anläßlich des heutigen Jubiläums seines Werkes Herrn Generaldirektor Menzel in Dankbarkeit zu gedenken und ihm unsere ehrerbietigsten Grüße auszusprechen.

Ihm zur Seite standen die Ingenieure Franz Bössner und Carl Marischka. Carl Marischka übernahm nach Fertigstellung des Gaswerkes seine Leitung, Franz Bössner wurde Werksdirektor in Simmering.

Das Werk Leopoldau hat im Jahre 1913 zu Beginn des ersten Weltkrieges jährlich 58 Millionen Kubikmeter erzeugt. Während des ersten Weltkrieges wurde die Erzeugung von Benzolkohlenwasserstoffen aufgenommen und damit begann die Entwicklung des Werkes nach der chemischen Richtung. Vor dem zweiten Weltkrieg, im Jahre 1938 war die Gaserzeugung auf 183 Millionen Kubikmeter angestiegen.

In den letzten Kriegsjahren des zweiten Weltkrieges begann die Mitverwendung des Erdgases zur Stadtgaserzeugung. Ich möchte bei diesem Anlaß jenes Mannes gedenken, der auf diesem Gebiete viel geleistet hat. Es ist dies Ing. Hans Güntner, der vor kurzem seinen 85. Geburtstag beging und den ich bei der heutigen Feier begrüßen darf. Ing. Güntner war viele Jahrzehnte lang der engste Mitarbeiter und Stellvertreter Generaldirektor Menzels. Vom Jahre 1935 bis 1940 war er Direktor der Wiener Gaswerke. Seiner Initiative und seiner Tatkraft war es zu verdanken, daß wir hier im Gaswerk Leopoldau noch während des Krieges Erdgas zur Verfügung hatten. Durch die Nähe des Erdgasfeldes begünstigt, war Leopoldau also das erste Gaswerk in Österreich, das von dem auf der ganzen Welt inzwischen einsetzenden Strukturwandel im Energiedargebot berührt wurde. Die damals geschaffenen Einrichtungen zur Erdgasförderung konnten nach dem Krieg weiter verwendet werden und diesem Umstand ist es zuzuschreiben, daß die Wiener Gaswerke sich so rasch auf die Erdgasverwendung umstellen konnten.

Nach Behebung der Kriegsschäden setzte dann ab 1950 mit Vehemenz der Erdgasbezug ein. Mit der Erfindung der Dampfmaschine hatte der Zeitabschnitt "Kohle" begonnen, die moderne Bohrtechnik, die es erlaubt, viele Kilometer ins Erdinnere einzudringen, hat ein solches Ansteigen des Angebotes an Erdöl und Erdgas zur Folge, daß die Kohle zurückgedrängt wird und wir uns jetzt am Beginn der Herrschaft des Erdöles und des Erdgases in der Energieversorgung befinden. Diese Energieträger werden in Zukunft von der Kernspaltenergie abgelöst werden.

Im Jahre 1954 wurde die erste Erdgasspaltanlage in Leopoldau errichtet. 1960 wurden im Werk Leopoldau 508 Millionen Kubikmeter Stadtgas erzeugt, davon sind 44 Millionen Kubikmeter Kohlengas und 264 Millionen Kubikmeter Erdgas bzw. Erdgasspaltgas. Es stammen also 86 Prozent des Stadtgases aus Erdgas.

Die zunehmende Verwendung des Stadtgases zur Raumheizung hat zur Folge, daß der Gaskonsum außerordentlich temperaturabhängig wurde. Wetterverschlechterung oder Kälteeinbruch lassen den Gasverbrauch sprunghaft hochschnellen. Wir haben im vergangenen Winter an kalten Tagen 2,9 Millionen Kubikmeter abgegeben, dagegen etwa 670.000 Kubikmeter an Sommertagen und rechnen in diesem Winter mit 3,3 Millionen Kubikmeter. Diese Verbrauchsschwankungen, denen sich die Erzeugung sofort anpassen muß, stellt an das Personal und die Anlagen außerordentliche Anforderungen.

Vom seinerzeitigen Leuchtgas wurde das Gas heute zu einem wichtigen Wärmeenergieträger. Die Wiener Gaswerke geben jährlich 580 Millionen Kubikmeter Stadtgas ab, dessen Wärmeinhalt im Jahre 1958 (1.4) von 4.200 WE auf 4.600 WE erhöht wurde. Davon werden 38 Prozent an die Industrie und Gewerbe und 62 Prozent an Haushalte abgegeben. Mit einem Preis von 0.90 Schilling bis 0.94 Schilling je Kubikmeter für den Haushalt, wobei keine Zählergebühr verrechnet wird, haben wir in Wien so ziemlich den niedrigsten Gaspreis aller westeuropäischen Städte. Salzburg 1.65 Schilling, Innsbruck 1.25 Schilling, Graz 1.50 Schilling, Linz 1.13 Schilling, München 1.82 Schilling, Hamburg 1.95 Schilling, Paris 1.65 Schilling. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Heizwert des Wiener Gases um zirka 10 Prozent höher ist und daß überall eine namhafte Zählergebühr eingehoben wird.

Trotz dieser niedrigen Preise konnten die Wiener Gaswerke seit 1945 für die Erneuerung ihrer Anlagen über 1,1 Milliarden Schilling für Investitionen aufbringen und seit dem Jahre 1950 die Verkehrsbetriebe mit einer halben Milliarde subventionieren. Diese Leistung konnte nur durch die unermüdliche und aufopfernde Arbeit aller Angestellten der Gaswerke erzielt werden.

Schließlich möchte ich noch die Männer **erwähnen**, die als Direktoren das Werk leiteten. Es sind dies: von der Inbetriebsetzung im Jahre 1911 bis 1941 der bereits erwähnte Dr. Ing. Carl Marischka, von 1941 bis 1951 Dipl.- Ing. Leopold Staufer und seit 1951 Ing. Hans Scheuchenstuel.

Indem wir heute anlässlich des 50jährigen Bestehens des Gaswerkes Leopoldau aller jener, die an seiner Errichtung mitwirkten oder es geleitet und geführt und dort gearbeitet haben, dankbar gedenken, darf ich auch allen heute im Gaswerk Leopoldau Bediensteten für ihre Arbeit und Leistung danken und darf dem Werk und seiner Belegschaft eine schöne und gedeihliche Zukunft wünschen.

Ausländischer Stadtplaner besuchte Wiener Stadtplanungsausstellung

16. Dezember (RK) Der bekannte Städtebauexperte und Vizepräsident der Deutschen Akademie für Städtebau, Professor Jensen, der die Wiederaufbauplanung von Kiel mit so großem Erfolg durchgeführt hatte und gegenwärtig die Entwicklungsplanung der Stadt München betreut, ist zu einem kurzen Besuch der Ausstellung über das städtebauliche Grundkonzept, die in der Volkshalle des Rathauses gezeigt wird, in Wien eingetroffen.

Heute vormittag besuchte Prof. Jensen mit vier Mitarbeitern die Ausstellung und wurde von Prof. Dr. Rainer über die einzelnen Planungsvorschläge informiert.

Die letzte Brücke ist wiederaufgebaut
=====Im Krieg wurden in Wien 136 Brücken zerstört

16. Dezember (RK) Trotz des starken Frostes waren heute nachmittag viele Döblinger und Brigittenauer gekommen, um der Eröffnung der neuen Heiligenstädter Brücke über den Donaukanal beizuwohnen. Die Stadt Wien war bei der Feier durch Bürgermeister Jonas, Vizebürgermeister Slavik, Vizebürgermeister Mandl, die Stadträte Bauer, Glaserer, Heller, Koci, Schwaiger und Sigmund sowie mehrere Gemeinderäte vertreten. Bezirksvorsther Opfermann konnte am Döblinger Brückenkopf eine Zahl weiterer Ehrengäste begrüßen, darunter mehrere Bezirksvorsteher und Mitglieder der Bezirksvertretungen. Zugleich übermittelte er der Stadtverwaltung den Dank aller Döblinger für den Wiederaufbau der Heiligenstädter Brücke, die er als eine weitere Verbesserung der Verkehrsverhältnisse über den Donaukanal begrüßte.

Der Amtsführende Stadtrat für Bauangelegenheiten Heller gab dann einen kurzen technischen Bericht. Die Belastungsprobe, sagte er, ist ebenso wie bei allen anderen in den letzten Jahren erstandenen Brücken zur vollen Zufriedenheit ausgefallen. Er dankte im Namen des Stadtbauamtes allen, die an dieser Baustelle gearbeitet haben und wünschte der neuen Brücke eine recht lange Lebensdauer.

Bürgermeister Jonas nahm dann die Eröffnung der Brücke vor. Die Heiligenstädter Brücke, sagte er, ist die letzte kriegszerstörte Donaukanalbrücke, die von der Wiener Stadtverwaltung wiederaufgebaut wurde. Der Umfang der Kriegsschäden an Brückenbauten war in Wien besonders groß. Die Stadt Wien hat in den vergangenen Jahren die Franzensbrücke, Aspernbrücke, Marienbrücke, Rotundenbrücke, Schwedenbrücke, Stadionbrücke und die Salztorbrücke wiederaufgebaut und dazu noch die Hafenbrücke Freudenau neu errichtet. Insgesamt wurden in Wien seit 1945 136 kriegszerstörte Brücken neu gebaut. Wir freuen uns, daß sie alle schöner und besser wiedererstanden sind. Die Wiener Bevölkerung, sagte der Bürgermeister, mußte für diese Brückenbauten hunderte Millionen Schilling aufbringen. Bis jetzt mußten wir also Kriegskosten bezahlen, und das sollte für alle jene eine Warnung sein, die mit Krieg und Frieden leichtfertig umgehen. ./.

Nachdem Bürgermeister Jonas das über die Brückenmitte gespannte rot-weiße Band durchschnitten hatte, wurde er vom Bezirksvorsteher Koblizka im Namen der Brigittenauer begrüßt. Der Bezirksvorsteher gab in seiner Ansprache der Freude über die Wiedererstehung der Heiligenstädter Brücke Ausdruck und benützte den Anlaß, um der Stadtverwaltung für die Aufbauarbeit der letzten Jahre im 20. Bezirk zu danken.

Nach der Brückeneröffnung begab sich Bürgermeister Jonas mit Stadtrat Heller an die **Ecke Währinger Gürtel-Döblinger Hauptstraße**, wo sie die Straßensperren wegräumten und damit symbolisch den von der Gemeinde Wien umgebauten äußerer Währinger Gürtel dem Verkehr übergeben.

- - -

Freie Arztstelle

=====

16. Dezember (RK) Im Karolinen-Kinderspital der Stadt Wien wird die Stelle eines teilbeschäftigten Facharztes für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten besetzt. Gesuche sind bis spätestens 15. Jänner 1962 an die Magistratsabteilung 17, Anstaltenamt, 1, Gonzagagasse 23, zu richten.

- - -